

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche
Ordnung und Bevölkerungsschutz
am Freitag, dem 03.12.2021, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:12 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Corona-Pandemie im Kreis Warendorf - aktueller Sachstand	308/2021 5 – 6
3.	Sicherheit und Bevölkerungsschutz im Kreis Warendorf - Erfahrungen und Konsequenzen aus den Überschwemmungsereignissen 2021	309/2021 7 – 8
4.	Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion zu Vorsorgemaßnahmen bei Großschadensereignissen im Kreisgebiet vom 31.08.2021	310/2021 9
5.	Bericht über die Entwicklung der Ausländerbehörde	311/2021 10
6.	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtung des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf	305/2021 11
7.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen, hier: Beratung des Budgets der Kreispolizeibehörde, des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr und des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes für 2022	312/2021 12

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Dinter, Dennis	(ab TOP 4 abwesend)
Dufhues, Hannelore	
Gerwing, Theresia	
Kaup, Winfried	
Kühnel, Andreas	
Luster-Haggeney, Rudolf	
Marx, Burkhard	
Maschelski-Werning, Sophia	
Mindermann, Ursula	
Rosenbaum, Ulf	
Starke, Dennis	
Termühlen, Hildegard	
Thiel, Joachim	
von Ketteler, Friedrich-Carl	
Werner, Olaf Martin	
von der Verwaltung	
Altenseuer, Udo	
Arizzi Rusche, Anna, Dr.	
Gottmann, Heinz-Jürgen	
Hackelbusch, André	
Holtstiege, Ralf	
Knoche, Fabienne	
Schmedt, Carsten	
Schreier, Petra	
stellv. Ausschussmitglieder	
Claßen, Anne	
Aydemir, Ergül	
Poppenberg, Bernhard	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder	
Blömker, Franz-Ludwig	vertreten durch Frau Claßen
Koch, Karsten	vertreten durch Frau Aydemir
Ströse, Dana	fehlte entschuldigt
Wenning, André	vertreten durch Herrn Poppenberg

Frau Maschelski-Werning eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz sowie die Vertreter der Presse.

Sie stellt fest, dass der Ausschuss form- und fristgerecht einberufen worden ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Ein Antrag zum Pairing-Verfahren wird nicht gestellt.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Auf Nachfrage der Vorsitzenden meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

2. Corona-Pandemie im Kreis Warendorf - aktueller Sachstand	308/2021
--	-----------------

Frau Dr. Arizzi Rusche und Frau Schreier berichten anhand einer Präsentation über den aktuellen Sachstand der Corona-Pandemie (Anlage 1).

Frau Schreier verweist auf Nachfrage von Frau Maschelski-Werning darauf, dass im Kreishaus die 3 G-Regeln gelten. Das Kreishaus soll jedoch als offenes Gebäude gelten, daher wird auf eine Zutrittskontrolle verzichtet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind angehalten worden, Besucher nur nach vorheriger Terminvereinbarung zu empfangen, bei der bereits auf die 3 G-Regelung hingewiesen wird.

Frau Dr. Arizzi Rusche berichtet, dass die Kontaktpersonennachverfolgung derzeit vollumfänglich geleistet werden kann. Weiterhin geht sie auf die Konzepte für das Impfmobil und die Impfstelle ein. Es hat sich als vorteilhaft erwiesen, dass die Räumlichkeiten des Impfzentrums nach der Schließung zunächst weiter vorgehalten wurden. Dennoch sei der Start der Impfstelle kompliziert, da die meisten Aufgaben nunmehr vom Kreis Warendorf ohne Unterstützung der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe wahrgenommen werden müssen. Es ist geplant, die Kapazitäten der Impfstelle weiter auszubauen.

Die Auffrischungsimpfungen laufen gut. Die aktuelle Empfehlung der STIKO empfiehlt eine Auffrischungsimpfung ab 18 Jahren.

Frau Claßen fragt nach unterschiedlichen Regelungen für Testungen in Kindertagesstätten und den Vorgaben der jeweiligen Jugendämter. Frau Dr. Arizzi Rusche weist auf unterschiedliche Möglichkeiten hin, die durch das Ministerium vorgegeben wurden. Zudem gelten die Laborkapazitäten als erschöpft, so dass die Lolli-Tests in den Kitas und die freiwilligen Tests durch die Eltern eine sinnvolle Testmöglichkeit darstellen.

Frau Gerwing dankt allen Ärzten, der Kreisverwaltung sowie dem übrigen eingesetzten Personal für die Abarbeitung der umfangreichen Aufgaben im Bereich der Pandemiebewältigung. Frau Maschelski-Werning schließt sich im Namen des gesamten OBVs dem Dank an.

Herr Poppenberg fragt nach dem Impfstatus nach Ablauf von sechs Monaten. Frau Dr. Arizzi Rusche weist darauf hin, dass es rechtlich (nach der Covid19-SchutzmaßnahmenAusnahmeverordnung) derzeit noch keine Begrenzung gibt, eine Regelung für die Befristung der Gültigkeit auf neun oder zwölf Monate jedoch zu erwarten ist. Frau Dr. Arizzi Rusche ergänzt nachträglich, dass die Gültigkeit des digitalen Impfbefreiungszertifikats derzeit zwölf Monate beträgt.

Weiterhin weist Herr Poppenberg darauf hin, dass Einwohner des Kreises am Impfmobil abgewiesen wurden, Einwohner aus Nachbarkreisen jedoch geimpft wurden. Frau Dr. Arizzi Rusche weist auf die niedrige Schwelle für das Impfmobil hin. Ein Ausschluss von Einwohnern aus Nachbarkreisen ist organisatorisch nicht darstellbar und auch nicht gewünscht. Frau Schreier erklärt hierzu, dass sich Einwohner des Kreises Warendorf auch in Nachbarkreisen und –städten impfen lassen, so dass hier ein Ausgleich verzeichnet werden kann. Frau Schreier führt aus, dass am Impfmobil

rund 30% Erstimpfungen zu verzeichnen seien, was an dem niedrigschwelligen Angebot liege. Der Kreis ist derzeit bemüht, das Angebot des Impfmobils auch über den 17.12.2021 hinaus fortzusetzen.

Herr Thiel fragt nach dem Schweregrad der Erkrankungen in den derzeit betroffenen drei Pflegeeinrichtungen. Frau Dr. Arizzi Rusche erklärt hierzu, dass in den Pflegeeinrichtungen auch Todesfälle zu verzeichnen sind.

Frau Schreier weist auf den hohen Aufwand für das Pflegepersonal durch die Testungen von Besucherinnen und Besuchern hin. Sie appelliert daher an die Besucherinnen und Besucher von Pflegeeinrichtungen, sich im Vorfeld von Besuchen in Pflegeeinrichtungen an einer Teststelle testen zu lassen. Derzeit sind im Kreis Warendorf 135 Teststellen in Betrieb, auch hier werden die Kapazitäten ständig erhöht.

Herr Kühnel erklärt, dass bei den Impfungen eine europaweite Solidarität erwartet wird. Man darf daher beim Einsatz des Impfmobils keine Stadt- oder Kreisgrenzen zugrunde legen.

Frau Aydemir fragt nach den unterschiedlichen Inzidenzen bei Geimpften und Ungeimpften. Frau Dr. Arizzi Rusche erklärt, dass die Inzidenz bei Geimpften derzeit bei 215 liegt, bei Ungeimpften ist ein Wert von 992 zu verzeichnen.

Frau Maschelski-Werning dankt der Kreisverwaltung für die unterschiedlichen Impfangebote.

Herr Werner dankt im Namen der FDP für die Leistungen zur Bekämpfung der Pandemie. Er fragt, ob die Ressourcen der Katastrophenschutzeinheiten für die Impfungen berücksichtigt wurden. Herr Holtstiege erklärt hierzu, dass entsprechende Gespräche geführt wurden, die Ressourcen seien derzeit jedoch erschöpft.

Frau Maschelski-Werning fragt nach der Möglichkeit einer Auffrischungsimpfung nach einer Corona-Infektion. Frau Dr. Arizzi Rusche erklärt hierzu, dass eine Auffrischungsimpfung sechs Monate nach einer Infektion erfolgen kann. Frau Maschelski-Werning bittet darum, dieses Info an die Hotline weiterzugeben.

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

3.	Sicherheit und Bevölkerungsschutz im Kreis Warendorf - Erfahrungen und Konsequenzen aus den Überschwem- mungsereignissen 2021	309/2021
-----------	--	-----------------

Herr Gottmann stellt die Erfahrungen aus der Hochwasserkatastrophe in der Städte-
region Aachen anhand einer Präsentation vor (Anlage 2).

Herr Werner fragt nach den Möglichkeiten zur Nutzung des Analogfunks. Herr Gott-
mann erklärt hierzu, dass die Infrastruktur des Analogfunks nicht mehr zur Verfügung
steht.

Herr Gottmann dankt der Politik für die bisherigen Beschaffungen. Dennoch ist die
Beschaffung von weiterer Ausstattung von großer Bedeutung, um auf unterschiedli-
che Szenarien vorbereitet zu sein.

Frau Schreier stellt den aktuellen Stand der Gefahrenabwehr im Kreis Warendorf
ebenfalls anhand der Präsentation vor. Sie bittet um Erteilung eines Planungsauftra-
ges, um weitere Vorbereitungen treffen zu können. Insbesondere sei die Bündelung
des Katastrophenschutzes durch den Bau oder die Anmietung zentraler Liegenschaf-
ten äußerst sinnvoll. Der Umbau eines Besprechungsraums zum Krisenstabsraum ist
bereits im Haushalt 2021 und 2022 vorgesehen. Sie weist darauf hin, dass Maßnah-
men zum Bevölkerungsschutz nur in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung zum Ziel
führen.

Die Sensibilisierung der Bevölkerung soll unter anderem durch einen "Tag der Si-
cherheit" am 25.09.2022 als Auftaktveranstaltung einer kreisweiten Kampagne erfol-
gen.

Frau Maschelski-Werning dankt für die Einsätze der Feuerwehren und bittet darum,
den Dank weiterzugeben.

Herr Poppenberg fragt nach der Möglichkeit zur Warnung der Bevölkerung im Au-
ßenbereich durch Sirenen. Herr Gottmann erklärt hierzu, dass weitere Förderpro-
gramme zum Ausbau des Sirenennetzes durch Bund und Land aufgelegt wurden. Da
es jedoch nur einen begrenzten Kreis an Anbietern gibt, ist mit entsprechend langen
Lieferzeiten zu rechnen. Herr Holtstiege ergänzt hierzu, dass eine flächendeckende
Warnung durch stationäre Sirenen nicht darstellbar ist. Hierzu sind jedoch mobile
Warnanlagen vorhanden, weiterhin wird derzeit ein System zum Cell-Broadcasting
eingerrichtet, das eine Warnung über Mobiltelefone ermöglicht.

Weiterhin fragt Herr Poppenberg nach der geplanten Beschaffung eines Prototyps für
ein Kleinfahrzeug. Herr Gottmann erläutert, dass es sich um ein Fahrzeug ähnlich
eines Quads handelt, das in schwer zugänglichen Gebieten, wie zum Beispiel auf
Bahnkörpern, in Waldgebieten oder auf Rad- und Wanderwegen genutzt werden
kann. Hierzu sollen unterschiedliche Beladungsmodule erprobt werden.

Herr Werner begrüßt die Planungen im Bereich des Katastrophenschutzes, bittet
aber auch darum, die Ressourcen der Hilfsorganisationen und des Technischen
Hilfswerkes zu berücksichtigen. Herr Gottmann erläutert, dass der Personalstand in

den Feuerwehren durch gute Jugendarbeit auf einem guten Stand ist. Ähnlich sieht es bei den Hilfsorganisationen und dem THW aus. Die Zusammenarbeit mit allen Organisationen im Kreis Warendorf wird bereits seit vielen Jahren gelebt.

Herr Werner fragt weiterhin nach der Vorhaltung von Lautsprecherwagen sowie nach Notbrunnen für die Trinkwasserversorgung. Herr Gottmann erklärt hierzu, dass ein Konzept zur Trinkwasserversorgung derzeit erarbeitet wird. Herr Holtstiege erläutert, dass mobile Warnanlagen bereits flächendeckend im Kreis Warendorf vorhanden sind.

Herr Werner fragt nach der Reaktivierung von Bunkeranlagen. Frau Schreier erklärt, dass eine Reaktivierung aufgrund der erheblichen Kosten derzeit nicht vorgesehen ist.

Frau Maschelski-Werning fragt nach dem Ausfall der Notrufnummern vor wenigen Tagen. Herr Gottmann weist darauf hin, dass es sich um einen bundesweiten Ausfall gehandelt hat, der im Kreis Warendorf nach kurzer Zeit behoben werden konnte. In der Zwischenzeit wurden die Feuerwehrgerätehäuser als Notrufmeldestellen besetzt und die Bevölkerung über Radio WAF entsprechend informiert.

Weiterhin fragt Frau Maschelski-Werning nach der Möglichkeit, den OBvs in den geplanten Tag der Sicherheit einzubinden und bietet ihre Unterstützung bei der Vorbereitung an. Frau Schreier begrüßt die Anregung.

Herr Hackelbusch stellt die Maßnahmen zum Hochwasserschutz und die Zuständigkeiten anhand einer Präsentation vor (Anlage 3).

Frau Dufhues fragt nach den Überprüfungen der Maßnahmen, die nach den Hochwasserereignissen in Beckum und Ahlen im Jahr 2001 getroffen wurden. Herr Hackelbusch erläutert, dass eine jährliche Prüfung der Rückhaltemöglichkeiten erfolgt. Die Ereignisse der jüngeren Vergangenheit hätten gezeigt, dass die technischen Vorkehrungen funktionieren.

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und den dargestellten Planungen für den Katastrophenschutz in 2022 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja	18
Nein	0
Enthaltung	0

4.	Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion zu Vorsorgemaßnahmen bei Großschadensereignissen im Kreisgebiet vom 31.08.2021	310/2021
-----------	---	-----------------

Herr Kühnel erklärt, dass die Fragen der CDU-Kreistagsfraktion bereits durch die umfassenden Darstellungen unter TOP 3 beantwortet wurden.

Frau Schreier weist darauf hin, dass die schriftliche Beantwortung als Anlage zur Niederschrift beigefügt wird (Anlage 4).

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

5. Bericht über die Entwicklung der Ausländerbehörde

311/2021

Herr Schmedt berichtet anhand einer Präsentation über die Entwicklung der Ausländerbehörde (Anlage 5).

Frau Maschelski-Werning dankt für die Ausführungen und begrüßt, dass die Rückstände, die durch den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde im Impfzentrum, im Bereich der Kontaktpersonennachverfolgung und in der Hotline entstanden sind, im Blick behalten und abgebaut werden.

Herr Kühnel schätzt die umfangreiche Arbeit der Ausländerbehörde. Die CDU-Kreistagsfraktion wird die Digitalisierung gerne weiter begleiten und unterstützen.

Frau Aydemir fragt nach der Länge der aktuellen Bearbeitungszeit für Anträge auf Aufenthaltstitel und bringt ihre Hoffnung auf eine Verkürzung der Bearbeitungszeit zum Ausdruck. Herr Schmedt erklärt hierzu, dass die Dauer derzeit bei sechs bis acht Monaten liegt. In begründeten Einzelfällen wird versucht, eine kürzere Bearbeitungszeit zu erreichen. Es kann jedoch nicht jeder Fall vorgezogen werden.

Frau Aydemir fragt weiterhin nach Unterschieden bei der Höhe der Gebühren im Vergleich zu anderen Kommunen. Herr Schmedt erläutert, dass sich die Gebühren nach den Vorgaben der Aufenthalts-Verordnung richten. Lediglich in Einzelfällen könnte die Höhe geringfügig variieren.

Darüber hinaus fragt Frau Aydemir nach Bleiberechten für Personen, die schon seit fünf Jahren arbeiten. Herr Schmedt erläutert das Verfahren, das einem negativ verlaufenden Asylantrag folgt. In dem Zusammenhang verweist er darauf, dass Arbeiten und eine gewisse Zeit des Aufenthalts in Deutschland nur zwei der Voraussetzungen für ein Bleiberecht darstellen. Eine Anpassung ist seitens der neuen Bundesregierung laut Koalitionsvertrag geplant.

Frau Mindermann dankt für den Bericht und fragt nach der Absicherung der gespeicherten Daten. Herr Schmedt weist darauf hin, dass hierzu das Dokumenten-Management-System des Kreises Warendorf mit entsprechenden Berechtigungen genutzt wird.

Frau Maschelski-Werning schließt sich dem Dank für die Ausführungen an.

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

6.	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtung des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf	305/2021
-----------	---	-----------------

Frau Knoche erläutert, dass der Rettungsdienst als gebührenfinanzierte Einrichtung grundsätzlich über eine Vollkostenrechnung abgewickelt wird. Eine Anpassung der Gebührensatzung ist erforderlich, da die Kosten gestiegen sind. Hierbei handelt es sich insbesondere sowohl um gestiegene Personalkosten als auch um Defizite aus Vorjahren, die über die neue Satzung auszugleichen sind. Für das Haushaltsjahr 2022 werden Gebühreneinnahmen in Höhe von 11,9 Mio. Euro prognostiziert. Eine letzte Klärung mit den Krankenkassen ist noch erforderlich.

Frau Claßen bittet um Auskunft, wie sich das Verfahren gestaltet, falls die Krankenkassen ihr Einvernehmen nicht erteilen. Frau Knoche verweist auf die Satzungshoheit des Kreises, gibt jedoch an, dass die Krankenkassen ihrerseits nach den Gesprächen mit dem Kreis Warendorf ein Einvernehmen erwarten.

Herr Thiel dankt für die umfangreiche Auswertung und die Bereitstellung des Zahlenmaterials.

Herr Poppenberg fragt nach dem Grund für die gesunkenen Fahrzeugunterhaltungskosten. Frau Knoche erläutert, dass die Kosten für die Kraftfahrzeugversicherung ab 2022 aufgrund geänderter Vorgaben unter einem anderen Sachkonto veranschlagt werden, so dass hier nur eine Verschiebung erfolgt ist.

Beschlussvorschlag:

1. Der als **Anlage 1** beigefügten Gebührenkalkulation für die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf wird zugestimmt.
2. Die als **Anlage 3** beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 17

Nein 0

Enthaltung 0

7.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen, hier: Beratung des Budgets der Kreispolizeibehörde, des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr und des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes für 2022	312/2021
-----------	--	-----------------

Frau Schreier ruft die einzelnen Produkte auf. Fragen zu den Produkten können bei Bedarf gestellt werden.

Im Produkt 020320 (Rettungsdienst) ändert sich der Ansatz für die Gebühreneinnahmen aufgrund der neuen Gebührensatzung auf 11,9 Mio. Euro.

Die FWG-Kreistagsfraktion hat eine Anfrage unter anderem zu den Gebühren im Produkt 020440 (Kfz-Zulassungen) gestellt. Herr Holtstiege erläutert hierzu, dass bei den Vorbereitungen irrtümlich rückläufige Fallzahlen angenommen wurden. Coronabedingt wird von gleichen Fallzahlen wie 2021 ausgegangen (9.500), die Erträge erhöhen sich dadurch nur leicht. Die Frage der FWG-Kreistagsfraktion ist damit beantwortet.

Im Bereich der Lebensmittelüberwachung erhöht sich das Entgelt für das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Münsterland-Emscher-Lippe für die Jahre 2023 bis 2025 jeweils um 5.600 Euro. Weitere Änderungen sind der Änderungsliste zu entnehmen.

Frau Claßen fragt nach den Kennzahlen im Bereich des Veterinärwesens und bittet um Auskunft, wer die Überprüfungen festlegt. Herr Dr. Witte erläutert, dass die Kontrollen grundsätzlich risikoorientiert erfolgen. Aus der Kontrollpraxis der EU geht hervor, dass diese eine Kontrollrate von ca. 5 % als ausreichend ansieht. Seitens der Landesregierung wurde zur Festlegung der Inspektionsfrequenzen in landwirtschaftlichen Betrieben ein System zur integrierten Risikobeurteilung eingeführt. Bei entsprechenden Hinweisen erfolgen sofortige Kontrollen. In der Vergangenheit wurde eine Zunahme der erlaubnispflichtigen Tierhaltungen festgestellt. Die Schweinehaltungen wurden verstärkt kontrolliert, die Quote lag hier bei rund 20%. Hierin eingeflossen ist auch eine vom Land angeordnete Schwerpunktaktion, aufgrund der im Kreis Warendorf 60 Schweinemastbetriebe kontrolliert wurden. Herr Thiel fragt nach Auffälligkeiten bei den erfolgten 60 Sonderkontrollen. Herr Dr. Witte verweist auf eine umfangreiche landesweite Auswertung, in die die Ergebnisse mit eingeflossen sind. Im Ergebnis hieraus wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz gegeben ist, inklusive der Änderungsliste zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja	17
Nein	0
Enthaltung	0

Frau Maschelski-Werning dankt für die konstruktive Mitarbeit und schließt die Sitzung um 12.12 Uhr.



Sophia Maschelski-Werning
Vorsitzende



Ltd. KR D Petra Schreier
Schriftführerin